

Ägypten

Mit Mursis Sturz kommt das Geld

Ein Jahr haben sie sich versteckt, jetzt kommen sie zurück: Ägyptens Geschäftsleute. Die Probleme sind gewaltig, eine rasche Besserung ist nicht in Sicht.



© Khaled Desouki/AFP/Getty Images

Die ägyptische Börse in Kairo

Seit Mohammed Mursi gestürzt ist, kehren ägyptische Geschäftsmänner in ihr Heimatland zurück – und mit ihnen ihr Geld. Zum Beispiel Samih Sawiris, Sohn der gleichnamigen koptischen Familie. Die Sawiris sind wohlhabende Geschäftsleute. Samih's Vater Onsi hat Orascom gegründet, einen Konzern, zu dem mittlerweile Unternehmen des Baugewerbes, der Telekommunikations- und der Tourismusbranche gehören. Sein Bruder Naguib ist Chef von Orascom Telecom. Samih Sawiris selbst baut Touristenzentren, ursprünglich in Ägypten, seit einiger Zeit auch in Andermatt.

Ein Jahr lang hielt sich Samih Sawiris vom ägyptischen Finanzmarkt fern: genau so lange, wie die Muslimbrüder an der Macht waren. Jetzt investiert er wieder. Mit ihm kamen andere

ägyptische Geschäftsleute zurück an die Börse in Kairo, die ihr Vermögen zuvor im Ausland gebunkert hatten.

Alles passierte ganz schnell: Schon am Tag nach dem Militärputsch stiegen die Kurse an der Börse in Kairo so rasant, dass der Handel vorübergehend ausgesetzt werden musste.

Auch das ägyptische Pfund hat seither an Wert gewonnen. Sieben Pfund muss man im Moment für einen Dollar bezahlen. Vor einem Monat waren es noch neun Pfund. Es fließen wieder harte Devisen nach Ägypten.

Verschwörung gegen Muslimbrüder

Anhänger der Muslimbrüder wittern dahinter eine Verschwörung. Sie glauben, der Mangel an Kapital während Mursis Regierungszeit habe gezielt die Wirtschaft schwächen und Mursi zu Fall bringen sollen. Vielleicht wollten manche der reichen Ägypter ihr Geld einfach nur in Sicherheit bringen. Die Familie Sawiris aber und auch andere erklärten mehrfach deutlich in der Öffentlichkeit, die Gegner Mursis zu unterstützen. Naguib Sawiris gab viel Geld für die Protestbewegung Tamarod.

Die Familie Sawiris hatte ihr Vermögen schon einmal verloren, als General Gamal Abdel Nasser im Ägypten der sechziger Jahre den arabischen Sozialismus ausrief. Onsi Sawiris wurde damals enteignet und verlor seine Bauunternehmen. Auch Nasser gelang durch einen Putsch an die Macht. Anders als damals locken die Militärs diesmal die Vermögenden zurück ins Land.

Auch aus dem arabischen Ausland kommt frisches Geld. Mehrere arabische Medien berichten, Investoren aus den Vereinigten Arabischen Emiraten, Kuwait und Saudi Arabien planen einen großangelegten Wiedereinstieg in die ägyptische Wirtschaft. Einige von ihnen investierten schon kurz nach dem Putsch in Aktien.

Die Regierungen in Abu Dhabi, Kuwait-City und Riad versprachen zudem, der klammen Regierung in Kairo zwölf Milliarden Dollar zu überweisen. Drei Milliarden davon müsste Ägypten noch nicht mal zurückzahlen. Sie sind ein Geschenk der Scheichs. Die Finanzspritze verschafft den politischen Parteien in Ägypten einige Monate Zeit, um sich neu zu ordnen. Die Geldgeber wollen sich dadurch die Gunst der neuen Regierung sichern.

Doch wie nachhaltig sind die Geldströme? An den tieferliegenden Problemen der ägyptischen Wirtschaft können sie so schnell nichts ändern. Schon vor zwei Jahren, als die Massen gegen Hosni Mubarak protestierten, sahen viele Ägypter für sich keine ökonomische Zukunft. Seither hat sich die Lage noch verschlechtert.

Die Regierung im Subventionsdilemma

Mehr als 13 Prozent der Ägypter sind arbeitslos. Unter den Jugendlichen und jungen Erwachsenen liegt die Quote sogar bei über 30 Prozent. Die Inflation ist hoch, die Menschen können sich immer weniger leisten. Zugleich werden Grundnahrungsmittel und andere Alltagsprodukte knapp. Eine Mischung, die den Keim für soziale Unruhen in sich trägt.

Noch unter dem Ex-Präsidenten Mursi erklärte die Regierung, die Vorräte an Weizen und anderem Getreide seien "immer ausreichend". Doch Basem Auda, der mittlerweile entlassene Subventionsminister Mursis, ließ in der vergangenen Woche verlauten, dass die Reserven nur noch für maximal zwei Monate reichen. Dabei ist zurzeit Ramadan, und im Fastenmonat erhöht sich der Verbrauch um ein Vielfaches.

Noch hält die Regierung die Energie- und Brotpreise durch Subventionen niedrig. Doch eigentlich kann sich der Staat das nicht mehr leisten. Die öffentlichen Kassen sind leer, der Internationale Währungsfonds prognostiziert für das laufende Jahr ein Haushaltsdefizit von rund zwölf Prozent der Wirtschaftsleistung. Seine Fachleute verlangen ein Ende der Subventionen – doch folgte die Regierung dem Rat, hätte das noch mehr Proteste zur Folge.

Tourismuskrisen belastet die Wirtschaft

Die Misere wird dadurch verschlimmert, dass die politische Unsicherheit die Touristen fernhält. Der Tourismus ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige Ägyptens und war immer ein wichtiger Devisenbringer. Der ägyptischen Zentralbank zufolge macht der Sektor mehr als zwölf Prozent der Wirtschaftsleistung aus und beschäftigt Millionen Ägypter.

Auch Geschäftsmänner wie Sawiris machen das meiste Geld mit Nilkreuzfahrten und Klubanlagen. Doch die traditionellen Urlaubsorte an den Pyramiden und am Roten Meer sind in diesen Tagen wie leer gefegt. Hotels in Luxor und Sharm El-Sheikh melden bis zu 100 Prozent Stornierungen. Medien berichteten, dass alleine in Luxor mehrere Dutzend Hunde von ihren deutschen Herrchen zurückgelassen wurden, als diese überstürzt abreisten.

Die fehlenden Einnahmen aus dem Tourismus können mittel- und langfristig weder vom Geld der ägyptischen Oligarchen noch durch die Petrodollars aus den Golf-Emiraten oder durch ausländische Hilfskredite ersetzt werden. Außerdem bleiben Investoren aus Europa und den USA weiterhin skeptisch. Deutsche Firmen zum Beispiel, die in Ägypten meist in Infrastruktur und in den Energiesektor investieren, sehen die jüngsten politischen Entwicklungen mit Sorge. Viele legten ihre Pläne gerade auf Eis oder dächten sogar über einen Rückzug aus dem Markt nach, sagt Stefan Liebing, Präsident des Afrika-Vereins der deutschen Wirtschaft.

Nur wenn die Wirtschaft sich wieder fängt, kann Ägyptens Börse sich auf lange Sicht erholen. Dazu aber sind stabile politische Rahmenbedingungen nötig. Mindestens bis zur nächsten Wahl stehen dem Finanzmarkt unruhige Zeiten bevor.